

REPORT BERLIN

Bericht aus dem
Deutschen Bundestag
von Carsten Müller

08/2017



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

nach dem **grandiosen Wahlerfolg** der CDU in Nordrhein-Westfalen am Sonntag startete diese Woche für mich mit richtig viel guter Laune. Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Schleswig-Holstein haben gezeigt: Mit den richtigen Themen und guten, überzeugenden Kandidaten werden Wahlen gewonnen. Zudem waren die innerparteiliche Geschlossenheit und die direkte Ansprache der Bürger wichtige Bausteine für die Erfolge. Jetzt heißt es: Weiterarbeiten und Kurs halten! Die Erfolge der Landtagswahlen werden kein Ruhekitzel, sondern Sprungbrett für eine erfolgreiche Bundestagswahl im Herbst sein.

Zur Stärkung der **inneren Sicherheit** haben wir weitere Schritte zurückgelegt. So haben wir nicht nur die Hürden zur Durchsetzung der Ausreisepflicht für Ausländer, die nicht freiwillig ausreisen, gesenkt. Wir haben auch schärfere Strafgesetze bei Wohnungseinbrüchen auf den Weg gebracht. Künftig wird der Wohnungseinbruch in privat genutzte Wohnungen härter bestraft, indem ein neuer Straftatbestand dafür eine Mindeststrafe von einem Jahr vorsieht. Zudem erweitern wir den Katalog der Straftaten in der Strafprozessordnung, nach dem die Polizei nach richterlichem Beschluss Verbindungsdaten der Tatverdächtigen auswerten kann. Somit wird es leichter, die Bandenstrukturen der Täter aufzudecken. Dass das Strafmaß für Einbrüche erhöht wird, begrüße ich ausdrücklich. Wer einen unserer sensibelsten Lebensbereiche und damit die Unversehrtheit des Privatbestandes verletzt, muss konsequent bestraft werden – da darf es keine Nachsicht, da darf es kein Pardon geben! Zugleich verspreche ich mir von der Verschärfung des Strafmaßes eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Täter. In Kombination mit vorbeugenden Maßnahmen wird das dazu beitragen, die Zahl der Wohnungseinbrüche in Deutschland weiter zu senken. Das Gesetzgebungsverfahren muss nunmehr rasch zum Abschluss gebracht werden.

Am Donnerstag haben wir im **Abgas-Untersuchungsausschuss** den Abschlussbericht auf den Weg gebracht. Das Studium von rund 2.400 Aktenordnern sowie die Anhörung von 57 Zeugen und 13 Sachverständigen haben deutlich gemacht: Die Bundesregierung und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt haben auf die Vorfälle bei Volkswagen unverzüglich und umfassend mit der Einrichtung einer Untersuchungskommission reagiert. Das war richtig und zielführend. Die immer wieder geäußerten Vorwürfe der Grünen, es handele sich um Staatsversagen und die Bundesregierung würde blockieren, sind absurd. Der Opposition geht es auch jetzt noch vor allem darum, zu skandalisieren. Das ist verantwortungslos! Der Untersuchungsausschuss hat sehr deutlich gemacht: Konkrete Hinweise auf Manipulationen lagen der Bundesregierung nicht vor. Auf die Abweichungen der Messwerte wurde bereits lange vor Bekanntwerden der Manipulationen bei Volkswagen reagiert und Änderungen der Messverfahren in Brüssel angestoßen. Deutschland war und ist die treibende Kraft für bessere Abgasgesetze und damit für eine bessere Luftqualität. Wir wollen EU-Regelungen konkretisieren sowie Schlupflöcher schließen. Hier gibt es auf europäischer Ebene noch viel zu tun.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Carsten Müller

Berlin, 19. Mai 2017



Carsten Müller
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 – 73298
Fax: 030/227 – 76298
carsten.mueller@bundestag.de
www.carsten-mueller.com

Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken

In erster Lesung wurde mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz die Einführung von Compliance-Regeln im Sinne eines Beschwerdemanagements bezüglich strafbarer Inhalte in den sozialen Netzwerken diskutiert. Offensichtlich strafbare Inhalte sollen innerhalb von 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde gelöscht oder gesperrt werden müssen, weitere strafbare Inhalte innerhalb von sieben Tagen nach Eingang der Beschwerde. Weiterhin werden die Plattformen unter anderem zu vierteljährlichen Berichten über den Umgang mit Beschwerden verpflichtet. Bei einem Verstoß gegen diese Compliance-Pflichten drohen dem Unternehmen bis zu 50 Millionen Euro Geldbuße. Zudem erhalten Opfer von Persönlichkeitsrechtsverletzungen einen Anspruch gegen den Betreiber auf Auskunft zum Täter.

Hochwasserschutzgesetz & Programm „Blaues Band Deutschland“

Mit dem Gesetz zur weiteren Verbesserung des Hochwasserschutzes und zur Vereinfachung von Verfahren des Hochwasserschutzes wurden beschleunigte bundesrechtliche Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Hochwasserschutz geschaffen. Das Maßnahmenbündel umfasst unter anderem die Erleichterung und die Beschleunigung des Baus von Hochwasserschutzanlagen, die Beschleunigung von Gerichtsverfahren gegen genehmigte Maßnahmen oder die Schließung von Regelungslücken zur Verhinderung und Vermeidung von Schäden durch Hochwasser. Bei der Pflicht zur Erneuerung von Heizölheizungen fügen wir ein Wirtschaftlichkeitsgebot ein.

Ebenfalls beraten wurde eine Beschlussempfehlung zum Bundesprogramm „Blaues Band Deutschland“, das die Stärkung von Investitionen zur Renaturierung von Bundeswasserstraßen und zum Aufbau eines Biotopverbundes vorsieht. Diese Maßnahmen dienen neben der Stärkung des Wassertourismus auch der Wirtschaft ländlicher Regionen sowie der Hochwasservorsorge und sind als generationenübergreifende Aufgabe zu verstehen.

Bessere Durchsetzung der Ausreisepflicht

Die Abschiebung vollziehbarer ausreisepflichtiger Ausländer soll konsequenter durchsetzen werden, vor allem wenn von diesen Sicherheitsrisiken ausgehen. Das entsprechende Gesetz wurde in dieser Woche verabschiedet. Zudem sollen Ausländer, die ausreisepflichtig sind, aber nicht freiwillig ausreisen, sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, sofern sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigert haben. Zudem werden die Möglichkeiten der Überwachung und Abschiebeinhaftierung von Ausländern, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen, gestärkt. Abschiebehaft soll bei gefährlichen Ausreisepflichtigen künftig auch dann zulässig sein, wenn die Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten vollzogen werden kann.

Änderung des Waffengesetzes

Mit dem Gesetz werden die Vorgaben bezüglich der Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition überarbeitet. Zudem wird das Sicherheitsniveau angehoben und an aktuelle technische Standards angepasst, wobei umfassende Besitzstandsregelungen eingepflegt wurden. Um die Zahl illegal zirkulierender Waffen zu verringern, wird eine befristete Strafverzichtsregelung bei einer Abgabe dieser illegalen Waffen und ebensolcher Munition in Jahresfrist eingeführt.



Weitere Informationen zur Woche im Deutschen Bundestag finden Sie auch hier:

www.cducsu.de

www.bundestag.de

Deutsche Wirtschaft wächst schneller - Investitionen legen kräftig zu

Die deutsche Wirtschaft hat ihr Wachstum im ersten Quartal trotz außenpolitischer Risiken beschleunigt. Höhere Investitionen, steigende Konsumausgaben und mehr Exporte ließen das Bruttoinlandsprodukt zwischen Januar und März um 0,6 Prozent zum Vorquartal zunehmen. Das ist der größte Zuwachs seit einem Jahr. Impulse kamen zu Jahresbeginn sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland. Die Investitionen legten kräftig zu, sowohl in Bauten als auch in Ausrüstungen wie Maschinen sei deutlich mehr investiert worden. Auch Verbraucher und Staat gaben etwa mehr aus. Wegen der besseren Weltkonjunktur wuchsen die Exporte stärker als die Importe, was ebenfalls die Konjunktur ansob. Wichtige Kunden wie die Euro- und große Schwellenländer befinden sich derzeit im Aufwind. (Quelle: Reuters)

Euro-Zone wächst im ersten Quartal um 0,5 Prozent

Die Wirtschaft der Euro-Zone hat ihr Wachstumstempo im ersten Quartal gehalten. Das Bruttoinlandsprodukt legte von Januar bis März um 0,5 Prozent zum Vorquartal zu. Zu den am schnellsten wachsenden Euro-Ländern gehört Spanien. Hier nahm das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,7 Prozent zu. Dagegen schaffte die französische Wirtschaft nur ein Plus von 0,3 Prozent. Die EU-Kommission erwartet für die Euro-Zone in diesem Jahr einen Zuwachs von 1,6 Prozent, der 2018 auf 1,8 Prozent steigen soll. Der niedrige Euro-Kurs kurbelt die Exporte derzeit an, die zudem von der besseren Weltkonjunktur profitieren. Auch der private Konsum soll zum Wachstum beitragen, obwohl die Kaufkraft unter der höheren Inflation leidet. Dafür ist die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Monaten merklich gesunken. (Quelle: Reuters)

Deutschlands Exporte und Importe im März auf Rekordhoch

Die deutschen Exporte eilen von Rekord zu Rekord. Nach dem Höchstwert im vergangenen Jahr kletterten Ausfuhren und Einfuhren im März auf nie erreichte Monatswerte. Die Unternehmen führten Waren im Wert von 118,2 Milliarden Euro aus, das waren 10,8 Prozent mehr als im März vor einem Jahr. Die Importe stiegen im Vorjahresvergleich um 14,7 Prozent und erreichten einen Wert von 92,9 Milliarden Euro. Der Außenhandelsüberschuss lag damit bei 25,4 Milliarden Euro, wie die Statistiker weiter mitteilten. Im März 2016 hatte er mit 25,8 Milliarden Euro noch knapp darüber gelegen. Die meisten Ausfuhren gingen im März in Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ihr Wert erreichte 68 Milliarden Euro. Von dort kamen Waren im Wert von rund 61 Milliarden Euro nach Deutschland. Die höchste Steigerung mit fast 14 Prozent erreichten die Ausfuhren in Drittstaaten, etwa in die USA oder nach China. Der Wert dieser Exporte erreichte im März 50,3 Milliarden Euro. Die Importe aus Drittstaaten kletterten um rund 17 Prozent auf 31,8 Milliarden Euro. Auch der in vielen Ländern stark kritisierte Exportüberschuss erreichte mit fast 253 Milliarden Euro einen neuen Höchstwert. (Quelle: AFP)

Deutschlands starke Schultern tragen mehr als schwache

Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland zeigt, dass die zehn Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen fast die Hälfte des gesamten Aufkommens der Einkommensteuer zahlen. Während rund 2,7 Millionen Erwerbstätige keine Einkommensteuer zahlen, da ihr Arbeitsverdienst zu gering ist, sind rund 4,2 Millionen Personen vom Spitzensteuersatz in Höhe von 42 Prozent betroffen. Zu beachten ist, dass die Haushalte mit sehr hohen Einkommen nicht vollständig in den Daten repräsentiert sind und somit der Anteil noch höher ausfallen dürfte. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)